



Kristina van Deuverden, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN KRISTINA VAN DEUVERDEN

»Geringe Chancen für eine grundlegende Neuordnung«

1. Frau van Deuverden, bis zum Jahr 2020 steht eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs an. Warum ist eine Neuordnung überhaupt notwendig? Zum einen ist eine Neuordnung rechtlich notwendig, weil die gesetzliche Grundlage für den Länderfinanzausgleich ausläuft. Zum anderen läuft auch der so genannte Solidarpakt aus. Das sind Bundesergänzungszuweisungen, die schon seit 2005 degressiv gestaffelt auslaufen. Und letztlich ist die Situation für die Länder im Jahr 2020 eine ganz andere, weil dann die Schuldenbremse für die Länderhaushalte gelten wird. Die Länder dürfen sich dann nicht mehr strukturell verschulden und müssen auf dieses Instrument komplett verzichten, wenn sie Ausgaben tätigen wollen. Die Einnahmen, die sie über den Länderfinanzausgleich bekommen, haben dann einen ganz anderen Stellenwert als heutzutage.
2. Wie könnte eine Neuordnung gestaltet werden? Was wären die möglichen Stellschrauben? Es gibt drei Schritte im Länderfinanzausgleich: Zum einen gibt es eine Vorabverteilung unter den Ländern. Dann gibt es den Länderfinanzausgleich an sich. Da ist ein relativ komplexer Tarif zu Grunde gelegt. Muss man an dem Tarif was machen? Man muss sich zumindest überlegen, welche Steuern man einbezieht. Der Finanzbedarf eines Landes wird heutzutage ja auch unter Rückgriff auf die Steuereinnahmen, die ihm zufließen, berechnet. Das ist sehr schwer zu verstehen, und es gibt auch nur wenig Möglichkeiten so etwas zu berechnen. Theoretisch kann man das zwar ableiten, aber das sind Daten, die man zeitnah gar nicht zur Verfügung hat.
3. Ist es nicht an der Zeit, das System transparenter zu gestalten? Das ist schon seit Jahren an der Zeit. Die letzte wirklich grundlegende Reform hatten wir Ende der sechziger Jahre. Das ist schon ein bisschen her, aber es wird unglaublich viel Geld über dieses alte System verteilt. Die Länder sind davon unglaublich abhängig. Jeder hat sofort im Blick, welche Auswirkungen eine Änderung auf seine Finanzgrößen haben könnte. Die Interessenslage ist ausgesprochen heterogen. Man müsste darüber

reden, welche Ebene welche Aufgaben haben soll und welche Ausgaben damit verbunden sind. Danach müsste man festlegen, wie man einer Ebene die notwendigen Einnahmen sichern kann. Das heißt wir bräuchten hier eigentlich einen Eingriff in die Finanzverfassung. Dafür aber ist eine breite Mehrheit notwendig. Jetzt haben wir zwar eine große Koalition, das wäre eigentlich sogar ganz günstig, aber auch auf Länderebene müsste es Zustimmung geben. In den Ländern aber sind die Koalitionen und die Interessen wieder andere. Die Chancen, dass es wirklich eine grundlegende Reform gibt, sind aus meiner Sicht leider gering.

4. Was müsste jetzt passieren, um bis 2020 zu einer Entscheidungsfindung zu kommen? Man hat sechs Jahre Zeit, bis die gesetzliche Grundlage gelten muss. Das heißt, man hat weniger Zeit. Im Herbst dieses Jahres wird es eine Expertenkommission geben, die sich mit den Finanzbedingungen befassen soll und sich überlegen soll, was gemacht werden kann. Die Länder arbeiten schon daran. Letztlich wird man in dieser Legislaturperiode das Gesetzeswerk beschlossen haben müssen, weil sonst die Zeit nicht mehr reicht.
5. Wären höhere Bundesergänzungszuweisungen eine Lösung, wenn es zu keiner Einigung kommt? Der Länderfinanzausgleich sollte schon dem Namen nach zwischen den Ländern stattfinden. Es sollte im Vorfeld eigentlich dafür Sorge getragen sein, dass Bund und Länder erst einmal genug Geld haben, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Dann erst sollte eine Umverteilung unter den Ländern passieren. Wenn in unserer politisch heterogenen Situation keine Einigung möglich ist, dann wird man gucken müssen, was in der politischen Diskussion passiert und wer sich in welche Richtung bewegt. Natürlich besteht dann die Gefahr, dass der Bund letztlich mit zusätzlichen Transfers in die Bresche springen muss, aber eigentlich sollte die Regelung auf einer anderen Stufe passieren.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Ronny Freier, Ph.D.

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.